

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

B/KX/11

Bonn, den 16. Januar 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite: Zeilen:

2 An den Bildern könnt ihr sie erkennen ... 52

Soll der Kunstgeschmack Hitlers und Görings in deutschen Behörden
und Botschaften "repräsentieren" ?

Von Georg Kahn-Ackermann, MdB

3 Wer alles von der CSU Geld bekommt 43

Verleger eines Anti-Brennt Buches wollte Ex-Nazi reinwaschen

Von Dr. Günther Müller,

Bundesvorsitzender der Jungsozialisten

4 Die Frucht der Angst 46

Koalitionsangebot auf Bewährungsfrist

5 Die Gleise werden gestellt 48

Tito zwischen Penkov und Bonn

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schliecher

***** ZUR BEACHTUNG *****

Der SOZIALDEMOKRATISCHE PRESSEDIENST veröffentlicht in seiner
Dienstagausgabe - 19. Januar 1965 - eine zusammenfassende Dar-
stellung zum Problem der Amnestie in Rumänien, Polen, Bulga-
rien und in der BRZ.

POLITISCHE HÄFTLINGE IM OSEBLOCK

Die in diesem Artikel enthaltenen Zahlen stammen von der
INTERNATIONALEN JURISTEN-KOMMISSION in Genf. Verfasser ist
Pierre Simonitchak, Genf. - Die Redaktion

An den Bildern könnt ihr sie erkennen ...

Soll der Kunstgeschmack Hitlers und Görings in deutschen Behörden
und Botschaften "repräsentieren" ?

Von Georg Kahn-Ackermann, MdB

Nach den Vorstellungen des Bundesschatzministeriums und der Bundesregierung sollen die nach den abgeschlossenen Restitutionsverfahren übriggebliebenen, einst für die Museen Görings in Karinhall und Hitlers in Linz aufgekauften Bilder, die sich nur im Besitz des Bundes befinden, demnächst verteilt werden. Eine Expertenkommission hat inzwischen die Bilder in drei Gruppen gegliedert. Die etwa 850 Bilder der ersten Gruppe, unter denen sich die besten und besseren der im Auftrag Görings und Hitlers zusammengetragenen Werke befinden, sollen als Leihgaben des Bundes auf deutsche Museen verteilt werden. Es handelt sich um ein Dutzend hübscher Cranach-, Spitzweg- und Schleicher-Bilder, nicht ganz erstklassige Holländer und viele Deutsche des 19. Jahrhunderts, soweit sie dem Geschmack der NS-Größen entsprachen. Ein früher Pechstein hat sich irgendwie unter die deutschen Bilder verirrt; auch eine Reihe berühmter italienischer Meister. Allerdings scheinen sich darunter zahlreiche Werke höchst ungesicherter Authentizität zu befinden; eine genauere Prüfung der Bilder durch Sachverständige dürfte noch einige von ihnen als zeitgenössische Kopien enthüllen.

Die zweite, fast ebenso große Gruppe von Bildern soll nach Ankündigung des Schatzministeriums als Wandschmuck an den Bundestag, deutsche Botschaften und andere Behörden ausgegeben werden. Über diesen Vorschlag kann man nur höchst befremdet sein, wenn man die Bilder gesehen hat. Es sind zumeist Portraits und Genrebilder deutscher Maler des 19. Jahrhunderts, und zwar solcher Maler, deren Manier dem kleinbürgerlich-naturalistischen Kunstgeschmack von Hitler und Görings Sammelexperten entsprach. Es handelt sich als Überwiegend um dritte- und viertklassige Bilder zweit- und drittklassiger Maler einer zum Kitsch neigenden Epoche. Diese von NS-Kunstexperten ausgesuchten geringwertigen Bilder sollen Amtsstuben der Bundesrepublik Deutschland zieren. Der Bundestag und die Ministerialbeamten sollten sich für derartige Leihgaben des Bundes bedanken, von denen viele

einen armseligen Geschmack und eine gehörige Instinktlosigkeit der Erfinder dieser Ausleihaktion verraten.

Die Bundesregierung hätte gut daran, dieses Vorhaben schleunigst fallenzulassen, obgleich sich einige unserer ausländischen Missionen bereits ein paar "Prachtstücke" herausgesucht haben. Bei der großen Nachfrage nach Genrebildern des 19. Jahrhunderts - die zur Zeit auf dem privaten Kunstmarkt Höchstpreise selbst für mindere Werke bringen - sollte die Bundesregierung die ganze zweite Gruppe von Bildern in Partien versteigern lassen und den Erlös dazu verwenden, Bilder der von der Nazis g e ä h t e t e n deutschen Künstler zu kaufen, die sowohl in der Stiftung "Preußischer Kunstbesitz" wie in sehr vielen staatlichen und öffentlichen Sammlungen und Museen der Bundesrepublik noch immer recht schwach vertreten sind.

Besonders befremdlich scheint vor allem der Gedanke, daß mit dieser Art von Bildern in unseren ausländischen Missionen "repräsentiert" werden soll. Wer allerdings weiß, daß sich das Parlament, und allen voran der auswärtige und kulturpolitische Ausschuß, schon seit Jahren nicht mehr um Form und Gehalt der baulichen wie innerearchitektonischen Repräsentation in unseren auswärtigen Missionen kümmern, den kann das nicht wundern. Hier wuchert nämlich neben formal und künstlerisch gelungenen allem oft die mit moderner Sachlichkeit verzierte Stillosigkeit, wenn nicht Schlimmeres. Immer wieder wird man mit dem verkorksten Verhältnis unseres Staates zu seinen politischen und künstlerischen Traditionen konfrontiert.

Aber, wie dem auch sei, mit der Ausschmückung unserer Auslandsmissionen mit diesen in der NS-Zeit gesammelten musealen Ladenhütern darf gar nicht erst begonnen werden. Das Sprichwort "Der Ton macht die Musik" gilt auch in diesem Bereich. Man schließt von Bild auf die geistige Verfassung des Besitzers. Wir müssen darauf achten, daß im kulturpolitischen Vakuum unserer Bundesadministration nicht noch mehr Unkraut zur Blüte kommt.

Wer alles von der CSU Geld bekommt

Verleger eines Anti-Brandt-Buches sollte Ex-Nazi reinwaschen

Von Dr. Günther Müller,
Bundesvorsitzender der Jungsozialisten

Im Hauptquartier der bayerischen CSU an der Münchner Lazarettstraße herrscht zur Zeit dicke Luft. Durchgesickerte Pläne des Parteivorsitzenden Franz Josef Strauß, seinen persönlichen Referenten Walter Oberhorner - der übrigens in München-Land gern zum Bundestag kandidieren möchte - zum stellvertretenden Generalsekretär zu berufen, stoßen auf den Widerstand des Hurdhammer-Dr. Huber-Flügels. Diese Gruppe nimmt wohl mit Recht an, daß Oberhorner über kurz oder lang Generalsekretär Jaumann ablösen soll. Im Laufe dieser partei-internen Auseinandersetzung sind nun Vorgänge an das Licht der Öffentlichkeit gedrungen, die auch außerhalb des aktuellen Streits recht interessant sind.

Der aus dem letzten Bundestagswahlkampf bekannte Verleger Hans Frederik - er brachte 1961 ein polemisches Anti-Brandt-Buch heraus - hat zur Zeit Schwierigkeiten mit der Staatsanwaltschaft. Er wird wegen versuchter Erpressung, versuchten Betruges und Falschaussage angeklagt. Im Laufe der richterlichen Vernehmungen erklärte der heutige Herausgeber des "Pinar-Dienstes", daß er von der CSU sowohl Material als auch Geld erhalten habe. CSU-Generalsekretär Jaumann gab bei seiner richterlichen Einvernahme zu, daß "schätzungsweise im August 1963" ein von der Landesleitung der CSU ausgestellter Scheck über eine Summe von mehr als 6.000 DM über den einstigen CSU-Schatzmeister Dr. Frauendorfer an Frederik gegangen war.

Die Erklärung für diese Finanzaktion klingt recht anrüchlich. Man habe, so heißt es, Dr. Frauendorfer das Geld zur Verfügung gestellt, um sich in der Öffentlichkeit von Vorwürfen freizumachen, die in Zusammenhang mit seiner nationalsozialistischen Vergangenheit erhoben worden waren. Dr. Frauendorfer mußte in Zusammenhang mit diesen Vorwürfen auch auf ein Nachrücker in den Bundestag verzichten und ist heute nicht mehr CSU-Schatzmeister. Es wäre sehr interessant, zu wissen, was einfache CSU-Mitglieder über die Verwendung ihrer Beiträge für solche Reinwaschungsmethoden denken. Aufschlußreich ist aber auf jeden Fall, wen sich der damalige CSU-Schatzmeister ausgesucht hat, um seine Vergangenheit in der Öffentlichkeit aufzuheilen.

Frederik erklärte bei seiner Einvernahme auch, daß er von dem Strauß-Referenten "sehr oft Material" bekommen habe. CSU-Pressechef und Bayernkurier-Chefredakteur Carl Schmölzer sagte vor dem Richter zu diesem Tatbestand, daß dies "nicht sehr oft, aber mehrmals" geschehen sei. Der Pinar-Dienst hat schon des Öfteren einzelne CDU-Politiker ziemlich angegriffen, unter anderem auch Bundestagspräsident Dr. Gerstenmeier und den Bundesaußenminister Dr. Schröder. Welches "Material" Strauß-Referent Oberhorner nach Schmölzers Zeugnis "mehrmals" geliefert hat, ist bisher nicht bekannt geworden.

Die Frucht der Angst

- * "Die einzig wahre Gemeinsamkeit mit der CDU/CSU ist gegenwärtig ein
- * dumpfes bürgerliches Zusammengehörigkeitsgefühl, ein ins Krankhafte
- * gesteigerter Loyalitätskomplex, der die Liberalen glauben macht, sie
- * müßten sich vor einer im Niedergang befindlichen konservativen Kraft
- * mit in die Tiefe ziehen lassen."

* * *

H.B. - Diese Worte stammen von keinem Sozialdemokraten, der bislang die gegenseitigen Ergebenheitsadressen der derzeitigen Koalitionsherren Merde (in Stuttgart) und Barzel (in Berlin) zu kommentieren hatte, sondern aus der Feder des langjährigen Bundesgeschäftsführers der FDP, Karl-Hermann Flach. Er hatte die Situation der Freien Demokraten in der ersten Januar-Ausgabe der Wochenzeitung "Die Zeit" analysiert. Offensichtlich wußte der intime Kenner der inneren Situation der FDP, was wenige Tage später - nicht ganz Überraschend - deutlich wurde: daß als "Frucht der Angst" längerfristige Koalitionsbeteuerungen von Baum gemeinsamer christlich- und freidemokratischer Erkenntnis fallen würden.

Aus welcher Richtung innerhalb der FDP das Bestreben kommt, das Anhängen an die konservativen Kreise der CDU/CSU zum "liberalen" Prinzip zu erheben, liegt auf der Hand. Aber noch klarere Vorstellungen davon hat ganz gewiß auch FDP-Bundesgeschäftsführer a.D. Flach, wenn er in seiner "Zeit"-Analyse feststellt:

- * "Aber noch immer gibt es innerhalb der FDP liberale Totengräber, die
- * sich einem vagen Bürgerblock mehr verpflichtet fühlen als ihrer eigen-
- * nen Partei."

Aus seinen langjährigen Erfahrungen in Bonn und innerhalb der FDP-Führungsspitze weiß Karl-Hermann Flach, wissen aber auch viele andere Freie Demokraten, daß es die CDU/CSU noch stets mit den "Totengräbern" innerhalb der kleineren Parteien gehalten hat: mit den Spalthern in der FDP, dem damaligen "Ministerflügel" und mit den "Spaltpilzen" in der Deutschen Partei, im Gesamtdeutschen Block/BHE und in der Bayern-Partei.

Die Angst vor der Fünf-Prozent-Klausel im Nacken scheint bei manchen führenden FDP-Leuten so bedrückend, daß sie auch die Erfahrungen früherer Jahre und die Bauernzerwürfnisse in den Regierungen seit 1961 nicht mehr erschrecken können. Nur übersehen die Männer Erich Merdes, die jetzt aus der Hand von Herrn Barzel so etwas wie ein "Koalitions-Abonnement mit Bewährungsfriede" freudestrahlend annehmen, daß sie eine Rechnung ohne den Wähler aufgemacht haben. Deutlicher als der frühere FDP-Geschäftsführer Flach kann es niemand formulieren:

- * "Eine FDP, die nicht äußerlich und innerlich in Bund und Ländern nach
- * beiden Seiten hin unabhängig und koalitionsfähig ist, verspielt auf
- * lange Sicht ihre Existenz. Und das sogar zu Recht. Denn die Rolle der
- * dritten Partei im Drei-Parteien-System beruht auf der Fähigkeit, durch
- * den Wählerwillen hervorgerufene Wachablösungen in der Regierung durch
- * den Zwang zur Koalition ohne extreme und radikale Wandlungen zu voll-
- * ziehen. Ist sie dazu unfähig, muß sie dem Zwei-Parteien-System weichen!"

Unabhängig sind nur die Sozialdemokraten. Für koalitionsfähig halten sie die Union wie auch die FDP. Aber sie werden sich erst entscheiden, wenn der Souverän, der Wähler, sein Votum über alle Parteien abgegeben hat. Alles andere wäre eine Verfälschung des Wählerwillens.

Die Gleise werden gestellt

Tito zwischen Parkow und Bonn

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher

Während sich in der jugoslawischen Deutschlandpolitik des Jahres 1965 infolge des angekündigten Besuches Staatschef Titos in der "DDR" ein Durchbruch zum Besseren in den Beziehungen zwischen Belgrad und Parkow abzeichnet, scheint sich das jugoslawische Verhältnis zur Bundesrepublik mehr zu belasten. Grundsätzlich sind zwar noch wie vor die offizielle jugoslawische Politik wie auch die Presse um ein korrektes Verhältnis gegenüber Bonn bemüht. Daß dies nicht jede Polemik ausschließt, ist bei der Verschiedenheit der politischen Positionen der beiden Länder nur allzu verständlich.

So bilden das Problem der MLI sowie die in Aussicht gestellte Verjährung für Kriegsverbrechen den beachtenswertesten Anlaß für eine jugoslawische Kritik der Bonner Politik. Dabei ist das Problem der Verjährung der Naziverbrecher für Belgrad fast bedeutender als die Polemik um die MLI, an deren schnelle Verwirklichung hier ohnehin kaum jemand so recht glaubt. In der Verjährungsangelegenheit verdichten sich dagegen die Stimmen, die dagegen plädieren, daß mit dem 8. Mai 1965 die Verfolgung von Kriegsverbrechen eingestellt werden sollte. Sie alle befließen sich jedoch insofern einer erstaunlichen Sachlichkeit, als sie betonen, daß die Verfolgung von Naziverbrechern eine internationale Verpflichtung der Bundesrepublik sei, die infolge der spezifischen Art und Schwere der Verbrechen nicht wie gewöhnliche Verbrechen behandelt werden dürften.

Da die meisten jugoslawischen Stimmen zwar prinzipiell das Verjährungsrecht als eine legitime rechtliche Institution bejahen, das in diesem spezifischen Falle jedoch zugunsten des höheren internationalen Rechtes zurückzutreten habe, hat man zugleich in eigenen Lande die Initiative für eine Verlängerung der hier geltenden Verjährungsfristen für Kriegsverbrechen (25 Jahre) ergriffen. Und in ähnlichem Sinne wird noch einiger Optimismus gehegt, daß auch das Problem der Verjährung in der Bundesrepublik gelöst werden könnte. Sollte dies jedoch nicht geschehen, so kann schon jetzt als sicher gelten, daß sich die vorläufig noch recht sachlich gehaltene Auseinandersetzung zu einem unzähligen Ressentiments erweckenden Entrüstungssturm in diesem Lande steigern wird, das in der Kriegszeit unermessliches Okkupationsleid erlitten hat.

Für die Zukunft der deutsch-jugoslawischen Beziehungen wäre dies zweifellos eine noch zusätzliche Belastung. Was den Tito-Besuch in Parkow anbelangt, so kann als sicher gelten, daß sich Ulbricht einmal mehr darum bemühen wird, das Erscheinen Titos nicht nur für die Verbesserung des bilateralen Verhältnisses zu Belgrad, sondern zur internationalen Stärkung seiner Position in der neutralen Welt zu nutzen. Zumindest bislang hat sich jedoch die Verbesserung der jugoslawisch-ostdeutschen Beziehungen strikt im bilateral-praktischen Rahmen bewegt, während die von Parkow ersuchte Unterstützung durch Tito auf der Kairoer Konferenz der blockfreien Staaten ausgeblieben war. Ob dies jedoch nach dem Tito-Besuch tatsächlich anders wird, dürfte bis zu einem gewissen Grade auch Ergebnis der Bonner Jugoslawienpolitik sein.